

Ethikunterricht an Grundschulen in Baden-Württemberg

Der gbs Landesverband Baden-Württemberg fordert bekenntnisfreie Schulen und Ethikunterricht für alle

Die Regionalgruppen der gbs in Baden-Württemberg arbeiten bei ausgewählten Projekten als [gbs Landesverband Baden-Württemberg](#) zusammen. Ein solches für Baden-Württemberg zentrales Thema ist der Ethikunterricht an den Schulen. Die Mehrheit der Grundschüler ist konfessionsfrei, ein signifikant höherer prozentualer Anteil als in der Gesamtbevölkerung. Diese Mehrheit wird von der Politik ignoriert und die Einführung des Ethikunterrichts an Grundschulen ist bis jetzt nicht konkret geplant, obwohl dies in allen Koalitionsverträgen der Landesregierungen von Baden-Württemberg seit 2011 vereinbart wurde. Die Ausweitung des Religionsunterrichts für eine vergleichsweise kleine Minderheit von Schülern, die dem muslimischen Kulturraum zugeordnet werden können treibt die Landesregierung hingegen mit bemerkenswertem Eifer voran. Die Stärkung der Religiosität scheint wichtiger als Werteunterricht für alle, auch um den Preis, die religiöse Identitätsbildung auf Kosten der Integration zu fördern.



Abb.: Religionsunterricht in Baden-Württemberg, Grafik Werner Koch

Niemand kommt gläubig zur Welt. Die Festlegung auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis entsteht durch Erziehung – und genau das bezweckt der konfessionelle Religionsunterricht (RU): Der RU dient nicht der Information über Religion, sondern der Vermittlung des jeweiligen Glaubens, also der Missionierung von Kindern. Dies kostet den Staat jährlich 4 Milliarden Euro Steuergeld, wird aber inhaltlich von den Kirchen bestimmt. Öffentliche Schulen sollten jedoch keine Bekenntnisse vermitteln, sondern Erkenntnisse, Schule soll nicht vermitteln, was Schüler denken sollen, sondern ihnen beibringen, wie aufgeklärtes Denken

funktioniert. Deshalb sollte der konfessionelle RU ersetzt werden, bevorzugt durch einen neutralen Werteunterricht wie „Ethik für alle“ oder durch „ReligionsKUNDE“. Spricht man mit Religionslehrern so bekunden diese häufig, dass sie in der Praxis eher Religionskunde- als Bekenntnisunterricht praktizieren – was dafürspricht, dies zur Norm zu machen.

Religionsunterricht in der Strukturkrise

Der herkömmliche konfessionelle RU an staatlichen Schulen befindet sich in der Bundesrepublik in einer tiefen Strukturkrise. Der bekenntnisgebundene RU ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Siehe Artikel (Die Zeit): „[Der Glaube muss raus aus den Schulen!](#)“ und „[Lehren sollt ihr, nicht bekehren](#)“. Die gesellschaftliche Akzeptanz des RU ist nicht mehr vorhanden. Zunehmend wirkt sich auch aus, dass im Elternhaus die Religion keine Rolle mehr spielt. **Es ist nicht Aufgabe der Schule, die religiöse Unterweisung, die im Elternhaus zunehmend nicht mehr stattfindet, in der Schule nachzuholen.** Die Mehrheit der Schüler ist konfessionsfrei; gleichzeitig gibt es über 100 Glaubensgemeinschaften, die eigentlich auch Anspruch hätten, ihren eigenen RU zu erhalten. Das Land Baden-Württemberg hat Lehrpläne für RU für acht Bekenntnisse eingerichtet. Durch die Vielfalt der Religionen stößt der RU an öffentlichen Schulen an Grenzen, die ihn in Frage stellen. Bis jetzt versucht die Politik noch den RU zu erhalten indem zuletzt der islamische (sunnitische) RU eingeführt wurde. Das ist im Interesse der Kirchen, die den RU beibehalten wollen, jedoch nicht im Interesse der Gesellschaft. Hinzu kommt: Ein grundlegendes Ziel des RU, grundlegende Einstellungen der Schüler wie etwa Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Nichtreligiösen zu erhöhen, wird Studien zufolge durch den RU nicht erreicht (Quelle: Herder Korrespondenz Spezial, „DAS LIEBLINGSFACH - Warum der Religionsunterricht unterschätzt wird“). Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verlangt von den staatlichen Institutionen strenge Unparteilichkeit im Umgang mit Religionsgemeinschaften. Parlamente und Gerichte, Regierung und Verwaltung verletzen das Gebot der weltanschaulichen Neutralität, wenn sie eine Seite auf Kosten einer anderen privilegieren. Der Religionsunterricht an staatlichen Schulen ist eine Bevorzugung der Interessen der Kirchen gegenüber den Interessen nicht-religiöser Weltanschauungen, Schülern und Eltern.

Religionszugehörigkeit Beispiel Stuttgart – Alle Einwohner vs. Schulanfänger

Die Säkularisierung/Entkirchlichung der Bevölkerung schreitet voran und die Mitgliedschaft in den ehemaligen Großkirchen nimmt ab. Die aktuellen Mitgliederzahlen des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart über die Religionszugehörigkeit belegen deutlich und mit steigender Tendenz, dass immer weniger Stuttgarter*innen einer der beiden großen Kirchen angehören. Nur 20,7 Prozent der Stuttgarter Bevölkerung sind Mitglied der evangelischen Kirche (Stichtag 31.12.2022), bei der katholischen Kirche sind es 20 Prozent. Nahezu 60 Prozent der Stuttgarter*innen sind aktuell konfessionsfrei oder gehören einer anderen Religion an.

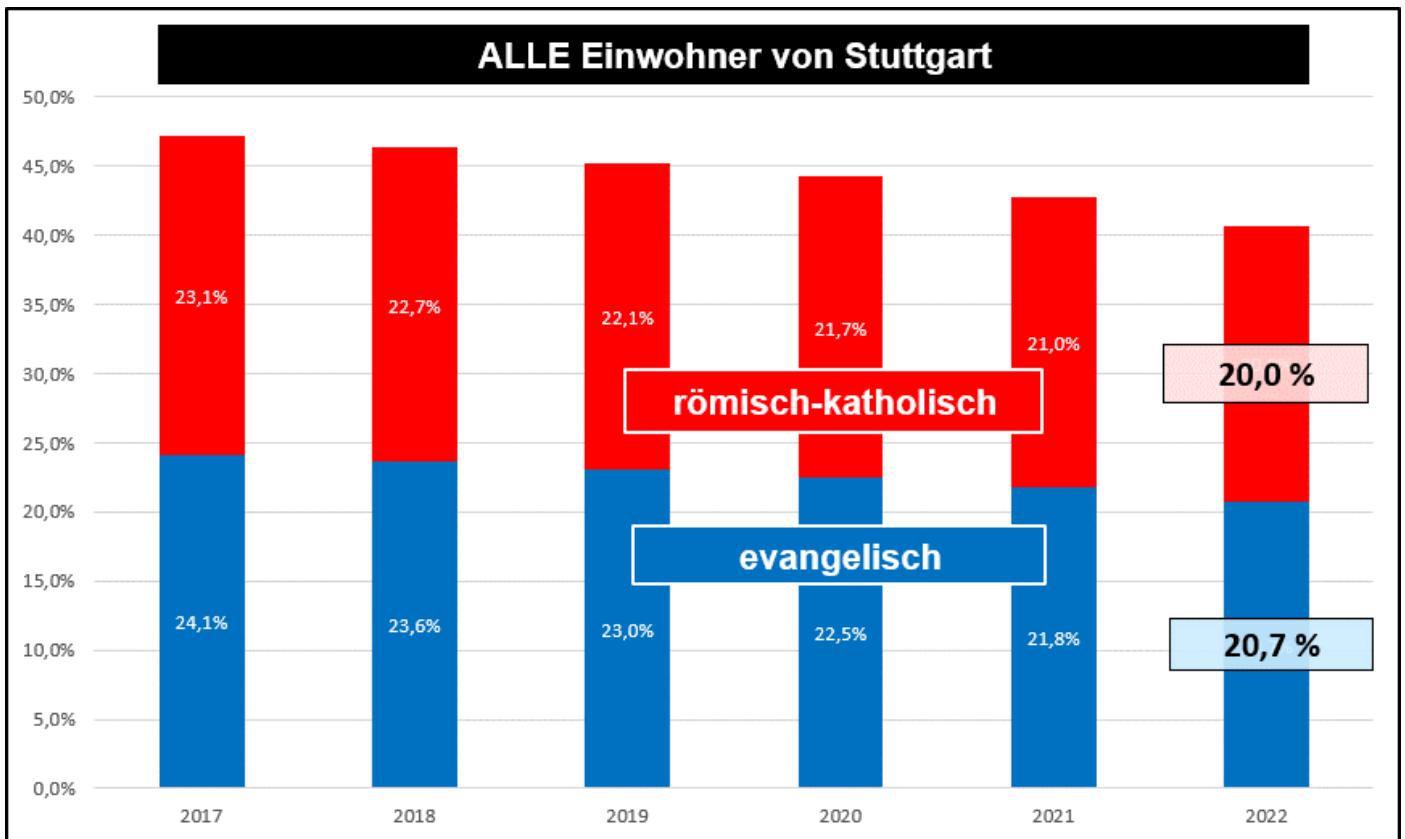


Abb.: a) Religionszugehörigkeit in Stuttgart 2017-2022 – ALLE Einwohner von Stuttgart

Grafik: © Werner Koch mit Daten der Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Bei den Kindern im Alter bis 6 Jahren (Schulanfänger) sind die Zahlen der Religionszugehörigkeiten signifikant geringer. Der Prozentsatz christlich getaufter Kinder ist etwa halb so hoch wie die Religionszugehörigkeit (rk und ev.) der gesamten Einwohnerschaft. Siehe Grafik mit der Entwicklung der Religionszugehörigkeit a) der Einwohner von Stuttgart und b) der Kinder in dem Alter bis 6 Jahren. In Stuttgart sind in der Altersklasse bis 6 Jahren 17,8 Prozent christlich getauft, d.h. 82,2 Prozent haben keine oder eine andere Religionszugehörigkeit. Diese Verhältnisse gelten nicht nur für Stuttgart. Anfragen in anderen Städten von Baden-Württemberg bestätigen, dass die Religionszugehörigkeit der Kinder bis 6 Jahren in etwa halb so hoch ist wie die Religionszugehörigkeit der gesamten Einwohner der jeweiligen Stadt.

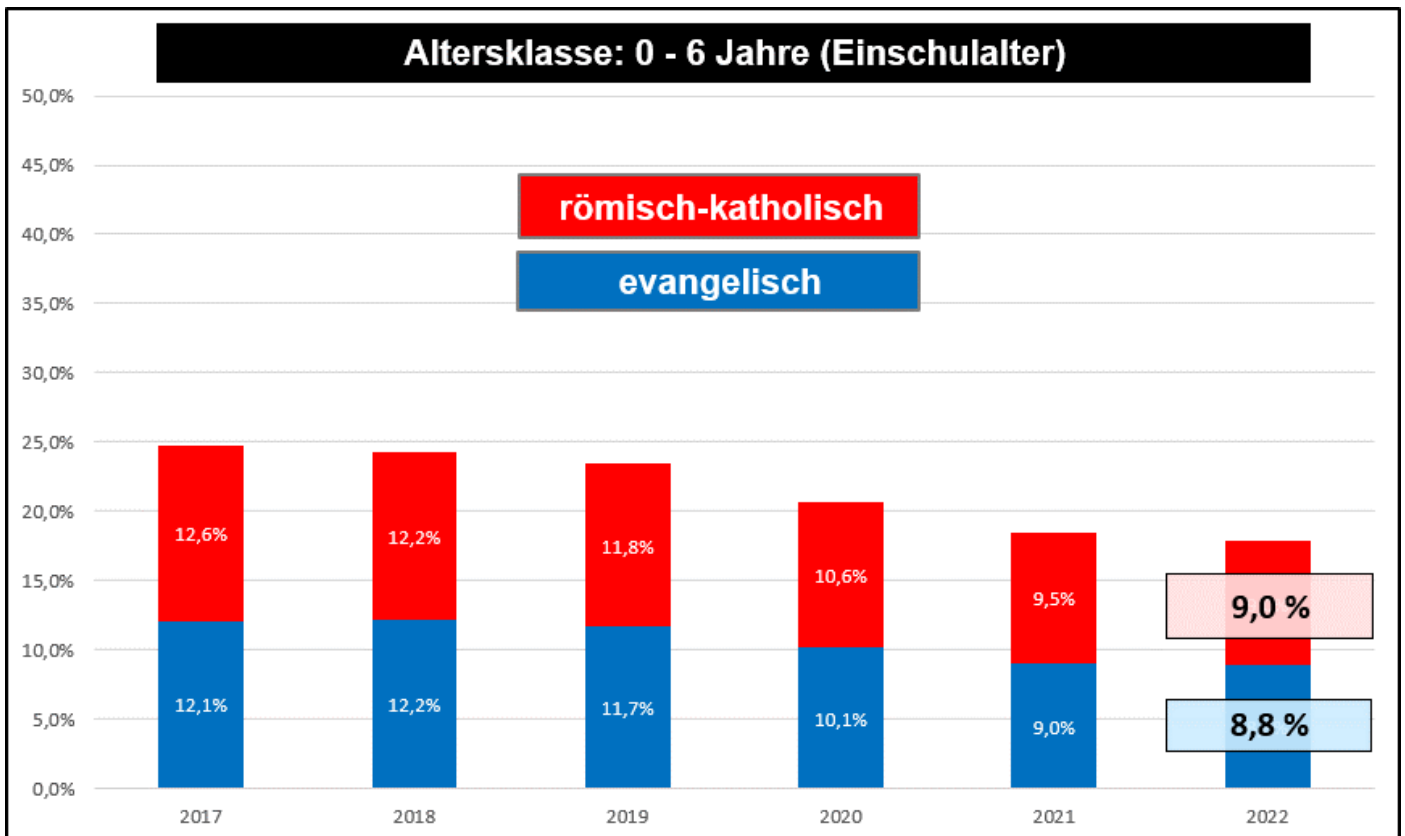


Abb.: b) Religionszugehörigkeit in Stuttgart 2017-2022 – Altersklasse: 0-6 Jahre (Einschulalter)
 Grafik: © Werner Koch mit Daten der Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Das macht die Einrichtung des RU immer schwieriger. Dem begegnen Kirchen und Religionslehrer durch die Einrichtung von klassenübergreifendem oder „konfessionell-kooperativem“ Religionsunterricht und auch durch Werbung für einen Religionsunterricht der offen ist für Schülerinnen und Schüler anderer Religionsgemeinschaften oder Weltanschauungen sowie für konfessionslose Schülerinnen und Schüler. Allein im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wurden für das Schuljahr 2020/2021 rund [700 Anträge für konfessionell-kooperativen Religionsunterricht](#) genehmigt.

Ethik für alle

Um die Haltung der Bevölkerung zum Religionsunterricht zu erfahren, hat der *Bund für Geistesfreiheit Bayern* eine GfK-Repräsentativ-Umfrage durchführen lassen, die zeigt, dass die Deutschen mehrheitlich für das Modell „Ethik für alle“ votieren. [„72 Prozent sind eine verfassungsändernde Mehrheit und ein klares Handlungssignal“](#), kommentiert Ernst-Günther Krause, der Initiator der Studie, die Ergebnisse. Öffentliche Schulen sollten geistige Schutzräume für Kinder sein, zu denen religiöse und nicht-religiöse Weltanschauungsgemeinschaften keinen Zugang haben. Ein gemeinsamer Ethikunterricht ab der ersten Klasse wird dem weltanschaulich neutralen Staat gerecht – so will es auch die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland. Die Landesregierung ist gefordert, die geänderten Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und die betroffenen Landesgesetze zu ändern.

»Einfache Lösung: bekenntnisfreie staatliche Schulen; Ethikunterricht für alle«

Ethikunterricht an der Grundschule

Die [Grundsatzentscheidung zur Einführung des Ethikunterrichts wurde in Baden-Württemberg](#) 1976 getroffen. Die Regeleinführung des Ethikunterrichts – mit dem Status eines Ersatzfaches – erfolgte 1983. Mit dem Schuljahr 2018 begann die stufenweise Einführung des [Ethikunterrichts für die Klassen 7-5](#), abwärts – zwei Jahre später als geplant. Seit dem Schuljahr 2021/22 ist das Fach Ethik in Baden-Württemberg für alle Klassenstufen ab Klasse 5 verbindlich. Seit dem Jahr 2011 ist die Einführung des Ethikunterrichts auch an der Grundschule in den Koalitionsverträgen der Landesregierungen (2011: Grüne-SPD; 2016 und 2021: Grüne-CDU) enthalten. Es mangelt offensichtlich am politischen Willen, den Ethikunterricht an Grundschulen einzuführen und man sollte den öffentlichen Druck erhöhen. Es ist äußerst problematisch, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmann die Einführung des Ethikunterrichts an der Grundschule auf die lange Bank schiebt und es bis jetzt keinerlei konkrete Pläne für die Einführung an der Grundschule gibt. Heute nehmen auch kirchenferne Kinder am RU an der Grundschule teil, damit sie

„aufgehoben“ sind. Nicht auszuschließen ist als Motivation für die Verzögerung bei der Einführung des Ethikunterrichts, dass der RU weniger nachgefragt werden könnte, wenn es Ethikunterricht für alle gibt, die nicht am RU teilnehmen.

Leider gibt es ein Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg aus dem Jahre 2011, das die Landesregierung möglicherweise als Freibrief betrachtet, den Ethikunterricht extrem zögerlich einzuführen. Die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts hat mit dem Urteil vom 21.09.2011 - 2 K 638/10 - die Klage einer Mutter abgewiesen, mit der sie die Einführung von Ethikunterricht an der Grundschule erreichen wollte: [Kein Anspruch auf Ethik-Unterricht in der Grundschule](#). Dieses Urteil wurde vom Verwaltungsgerichtshof und vom [Bundesverwaltungsgericht](#) bestätigt: Eltern können aufgrund von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG nicht die Einrichtung bestimmter Schulfächer verlangen. Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 23. Januar 2013 wurde zurückgewiesen. Wir wollen dies ändern, da das Urteil aus der Zeit gefallen ist und unseres Erachtens angesichts der Abwärts-Entwicklung bei der Anzahl der Kirchenmitglieder und der Anzahl der christlich getauften Kinder nicht mehr akzeptabel ist. In Bayern schreibt die Landesverfassung seit 1946 vor, dass als Alternative zum Fach Religion Ethikunterricht anzubieten ist. Hiermit hat sie einen Impuls gesetzt, der von sämtlichen Bundesländern umgesetzt werden sollte. In Baden-Württemberg ist es überfällig, auch in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 Ethikunterricht als Alternative zum Fach Religion einzuführen.

Staatliche Schulen müssen bekenntnisfrei/weltanschaulich neutral sein

Befürworter des RU bringen zwar gern an, dieser sei durch das Grundgesetz als ordentliches Lehrfach geschützt, doch die wichtige Einschränkung des [Art. 7](#) Abs 3 GG wird dabei in der Regel verschwiegen: „mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen“. Bekenntnisfreie öffentliche Schulen wurden als „[weltliche Schulen](#)“ zu Beginn der Weimarer Republik im Jahr 1920 eingeführt. Hitler hat sie 1933 wieder abgeschafft. Mit welchem enormen Druck der Kirchen der Religionsunterricht 1948/49 Eingang in das Grundgesetz gefunden hat, kann man hier nachlesen: „[Das Fach Ethik ist dem konfessionellen Religionsunterricht vorzuziehen - Wertevermittlung in der Schule](#)“. Die Väter des Grundgesetzes haben wie oben beschreiben, bekenntnisfreie Schulen vorgesehen, dies wurde aber bis jetzt in keinem Bundesland umgesetzt. Die öffentlichen Schulen werden heute noch durch die Landesverfassungen und Schulgesetze als "christlich" definiert. Leider ist der Bevölkerung nicht bewusst, dass alle staatliche Schulen in Deutschland „*christliche Gemeinschaftsschulen*“ sind, Schulen die nicht frei von religiösen Bezügen und damit „nicht bekenntnisfrei“ sind! Die religiösen Bezüge findet man in der Landesverfassung und im Schulgesetz, sie werden aber an den Schulen kaum sichtbar. Die Landesverfassung (LV) und das Schulgesetz enthalten zwar einige, alle Schulen betreffenden religiösen Bezüge (so bestimmt die LV *beispielsweise in Artikel 12: "Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, [...] zu erziehen"*, und im Schulgesetz wird das in interessanter Paraphrasierung so ausgeführt, dass die Schule insbesondere gehalten sei, die Schüler "*in Verantwortung vor Gott*" (es wird nicht ausgeführt, vor welchem Gott) sowie "*im Geiste christlicher Nächstenliebe*" zu erziehen sei. In Artikel 15 und 16 wird die Schulform „*christliche Gemeinschaftsschule*“ festgelegt, „*die Kinder auf der Grundlage christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte erzieht*“. Auf Drängen der Kirchen wurde bei der Einführung der Gemeinschaftsschule im [Schulgesetz zu § 8a](#) Absatz 1 Schulgesetz angefügt: „*Die Gemeinschaftsschule wird als christliche Gemeinschaftsschule nach den Grundsätzen der Artikel 15 und 16 der Landesverfassung geführt.*“ Aufklärung ist angebracht. Bekenntnisfreie Schulen sind nicht religionsfeindlich oder laizistisch, sondern weltanschaulich neutral, was heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Bekenntnisfreie Schulen entsprechen der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Bekenntnis- oder Konfessionsschulen sind nach [Art. 7](#) Abs.4 GG weiterhin möglich – und haben ihren Platz im Bereich privater/kirchlicher Träger.

»Bekenntnisfreie Schulen entsprechen der weltanschaulichen Neutralität des Staates«

Die Landesverfassung von Baden-Württemberg hat (in Art. 18) den Halbsatz aus dem Grundgesetz [Art. 7](#) „mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen“ nicht übernommen; das ist ein Problem der Landesverfassung (Vorrang des Bundesrechtes), wäre aber kein Hinderungsgrund bei der Etablierung bekenntnisfreier Schulen. Wenn das Land BW die Schulen zu bekenntnisfreien Schulen erklären würde, könnten staatliche Lehrer die auch Religion unterrichten, umgeschult werden und Ethik- oder Religionskundeunterricht erteilen. Der gemeinsame Unterricht würde keine zusätzlichen Lehrerstellen erfordern, sondern zu Einsparungen führen. Der bekenntnisgebundene Religionsunterricht gemäß Artikel 7 des Grundgesetzes könnte als Wahlfach weiterbestehen; den auch kirchliche Lehrkräfte weiter erteilen könnten. Dass schon jetzt die Nachfrage nach ihm immer geringer wird, steht auf einem anderen Blatt.

Sonderfall islamischer Religionsunterricht:

Der islamische RU wurde in BW im Jahr 2006 als Modell eingeführt. [Zum Schuljahr 2020/21 gab es islamischen RU in Baden-Württemberg an 94 Schulen](#). Beim islamischen RU wird gegenüber der Presse die Akzeptanz betont, z. B.: „[Stuttgarter Schulleiter verteidigen Islamunterricht](#)“, ohne jedoch zu thematisieren, dass dies von Muslimen¹ als Bestätigung der Abgrenzung, als Anerkennung einer muslimischen Identität und als Sonderbehandlung der Muslime – die sich teilweise in einer Opferrolle wähnen – willkommen geheißen wird. Die Opferrolle ist identitätsstiftend und der islamische RU verstärkt den Rückzug auf eine religiöse, islamische Identität.

Die Akzeptanz des islamischen RU bestätigt in fataler Weise, dass der RU die Separation und nicht die Integration begünstigt.

- Der [islamische Religionsunterricht ist ein integrationshemmender Faktor](#), konstatiert **Naïla Chikhi**, Mitbegründerin des Vereins „[MigrantInnen für Säkularität und Mitbestimmung](#)“ und unabhängige Referentin zu den Themen Integration & Frauenpolitik.
- **Ahmad Mansour** schreibt in seinem Buch „Generation Allah“: „konfessionsorientierter Religionsunterricht ist ... meiner Überzeugung nach fatal. Warum teilt man die Kinder auf, so dass Katholiken in Klasse A, Protestanten in Klasse B, Muslime in Klasse C gehen? Was für ein Bild bekommen die Gruppen voneinander?“ Die religiöse Identitätsbildung durch Separation sollte nicht staatlich gefördert werden.

Auf staatlicher Seite ergibt sich zudem ein Problem, wenn sich das Land als Religionsstifter betätigt. Das widerspricht der vom Grundgesetz geforderten staatlichen Neutralität – der Staat muss gottlos sein und alle Weltanschauungen gleichbehandeln. Die Stiftungslösung „Stiftung Sunnitischer Schulrat“ als Trägerin des Islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung in Baden-Württemberg, die Anfang 2021 vom Land eingerichtet wurde, vermag die Probleme der Beiratskonstruktion im Ergebnis nicht zu beheben. Die Sonderkonstruktion des Beirats für den Islamunterricht führt zu rechtlichen Verwerfungen. Siehe Buch „Religionsunterricht oder Ethikunterricht? - Entstehung des Religionsunterrichts – Rechtsentwicklung und heutige Rechtslage – politischer Entscheidungsbedarf“, Seite 171-173. Bei der Etablierung des islamischen RU „betätigt sich der Staat im Übermaß. Er stabilisiert den erodierenden konfessionellen Religionsunterricht dadurch, dass er aktiv tätig wird und ihn sogar ausweitet“. „Wenn der säkulare Staat von sich aus Beiräte oder Stiftungen errichtet und er sie personell islamisch besetzt, unterläuft er die Trennung von Staat und Religion. Zudem greift er in die Religionsfreiheit und in die Selbstbestimmungsrechte von Muslimen ein“. Professorin Susanne Schröter, Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt hält nichts vom Stiftungsmodell: „Der Sunnitische Schulrat hat gezeigt, dass er seine Macht missbraucht, um Islamwissenschaftler kaltzustellen, die einen modernen grundgesetzkonformen Islam vertreten. Er repräsentiert ein rückwärtsgewandtes undemokratisches Islamverständnis, das an staatlichen Schulen nichts zu suchen hat.“ (Quelle: Druckausgabe StZ 20.09.2022 „Kultusministerin Schopper verteidigt Islam-Unterricht“). Eine Wirkung des Schulrats wurde öffentlich sichtbar durch den erbitterten Streit zwischen dem prominenten liberalen Reformmuslim [Abdel-Hakim Ourghi](#) (Islamwissenschaftler, Philosoph und Religionspädagoge), der seit 2011 an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg im Fachbereich Islamische Theologie/Religionspädagogik Lehrer für den islamischen Religionsunterricht ausbildet und dem [Schulrat, der ihm die Lehrerlaubnis verwehrte](#). Eigentlich hatte man sich von liberalen Islam-/Religionswissenschaftlern wie Abdel-Hakim Ourghi oder [Dr. Mouhanad Korchide](#) eine wichtige Rolle beim Gelingen der Integration erhofft – die aber nicht eintreten kann, wenn von staatlicher Seite ausschließlich konservative Moscheevereine hofiert werden. Bedenklich ist die Islamisierung durch den islamischen RU auch deshalb, weil nur ca. 15 Prozent der als Muslime betrachteten Einwohner Mitglied in einem Moscheeverein sind – aber alle Kinder aus dem muslimischen Kulturraum dem sozialen Druck ausgesetzt werden, als „Muslime“ den – eher konservativen als liberalen – islamischen RU zu besuchen. Das Land BW hat per Vertrag die beiden Verbände „Landesverband der Islamischen Kulturzentren Baden-Württemberg e. V. (LVIKZ)“, und die „Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland - Zentralrat e.V. (IGBD)“ als Träger für den Islamischen Religionsunterricht sunnitischer Prägung verpflichtet –

¹ Der Begriff „Muslim“ wird hier als Sammelbegriff verwendet für alle, die einen Migrationshintergrund haben oder aus sogenannten „muslimischen Herkunftsländern“ stammen. Der Begriff ist eigentlich ungeeignet und irreführend, da mit „Muslim“ Menschen zu bezeichnen sind, die Kinder muslimischer Eltern oder im religiösen Sinn Muslim sind. Man könnte auch die weder politisch korrekten noch zutreffenden Bezeichnungen: „Ausländer“, „Gastarbeiter“, „Migrant“ oder (neutraler) „Mensch mit familiärer Einwanderungsgeschichte“ verwenden. Viele Migranten aus muslimischen Herkunftsländern stören sich an der Zuordnung zu der Gruppenidentität „Muslim“; sie sehen sich als liberale oder säkulare Muslime, als „ex-Muslim“ oder „Kulturmuslim“ und möchten nicht als Muslim bezeichnet werden – genauso wie der Autor (Atheist) im Ausland nicht als Christ bezeichnet werden möchte, nur weil er aus einem angeblich christlichen Herkunftsland stammt.

mutmaßlich Verbände, die dem politischen Islam zuzuordnen sind. Laut verschiedenen Berichten vertritt das VIKZ ein ultrakonservatives Weltbild, bekennt sich formal jedoch zum Grundgesetz.

Verkehrte Welt: Eine staatliche Stuttgarter Schule hebt hervor, dass die meisten Schüler für den islamischen RU den Ethikunterricht verlassen haben – als wäre das eine wünschenswerte Entwicklung. Paradoxe Weise gibt es in Stuttgart auch staatlich anerkannte private Schulen ([Lessing-Schulen](#)), deren Gründer nachgesagt wurde, Gülen nahezustehen. Diese Schulen werden überwiegend von türkischstämmigen Schülern besucht. Sie werben im Umkreis der Schule um weitere Schüler, indem sie betonen, dass es dort nur Ethikunterricht gibt – „wir haben uns bewusst gegen Islamunterricht entschieden“, sie aber bei Bedarf auch ev. oder rk. RU einrichten würden (Quelle: [„Wie im Hallschlag um Schüler geworben wird“](#) – StZ Plus/Bezahlschranke).

Anlagen

Auszug aus „Seit 175 Jahren »Forderung des Volkes«“

Kommentar: Bekenntnisfreie öffentliche Schulen

Es war der damalige Vorsitzende des Landeselternbeirats, Alois Graf von Waldburg-Zeil, den ich Anfang der siebziger Jahre in einer Sitzung dieses Gremiums sagen hörte, in der Schulpolitik brauche man Utopien, denn „ohne Utopie gibt es keinen Fortschritt“.

An diese Worte muss ich denken, wenn ich überlege, was geschehen muss, um Baden-Württembergs [öffentliche Schulen](#) als „bekenntnisfrei“ zu erklären. Denn mögen viele, die meisten Schulen in unserem Lande auch in den vergangenen Jahren längst in ihrer alltäglichen Praxis „säkular“ geworden sein, so stehen dem doch formal die Bestimmungen der Landesverfassung entgegen. Und auch die auf dieser [Verfassung beruhenden Vorschriften, unser Schulgesetz sowie all die anderen landesrechtlichen Bestimmungen postulieren formal eine Christlichkeit, die in der Realität und auch im Denken und Handeln eines Großteils der Bevölkerung, der Eltern und ihrer Kinder sowie der Lehrerschaft längst überholt ist.](#)

Der Gedanke, unsere [öffentlichen Schulen zu „bekenntnisfreien“ Einrichtungen zu erklären](#), bedeutet in keiner Weise einen Angriff auf die Religion(en) im Allgemeinen oder das Christentum im Besonderen. Die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit, also eine Religion zu praktizieren, sich zu ihr zu bekennen, sein Leben danach auszurichten (oder hiervon abzusehen), würde in keiner Weise geschmälert. Und auch die Religion(en), ihre Inhalte und ihre Geschichte, ihre Bedeutung für unsere Kultur und Gesellschaft wären weiterhin Gegenstand des Schulunterrichts (müssen es auch sein!) – und zwar gemeinsam für alle Schüler*innen, unbeschadet ihrer persönlichen Konfessionszugehörigkeit. Beendet würde lediglich (und endlich) die Tradition der konfessionellen Religionsverkündung in getrennten (und trennenden) schulischen Veranstaltungen sowie nach Bildungsplänen und von Lehrkräften, die nicht der Aufsicht des Staates unterliegen.

Das zu ändern, mag vielen als reine Utopie erscheinen. Und fürwahr: Dies nicht nur zu denken, sondern auch zu sagen oder gar zur politischen Forderung zu erheben, löst bei manchen Mitmenschen, auch in der Kolleg*innenschaft, Unmut oder Widerstand aus oder wird resignativ als „nicht durchsetzbar“ bezeichnet. Jedoch, es gilt unverändert, „Ohne Utopie gibt es keinen Fortschritt“. Setzen wir endlich um, was die „Freunde der Verfassung“ vor genau 175 Jahren auf den Weg gebracht haben: „Den Unterricht scheidet keine Confession“!

Quelle: KONFESSIONELLER RELIGIONSUNTERRICHT ODER ETHIK FÜR ALLE? - Seit 175 Jahren „Forderung des Volkes“, Michael Rux, bildung & wissenschaft 11/2022, GEW Baden-Württemberg, Seite 38-39 <https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=129215&token=b4bd139903b01b8545048c05ea1c8d79af95b336&download=&n=bundw-11-22-WEB.pdf>

Referenzen/ergänzende Information zum Thema Ethikunterricht/Bekenntnisfreie Schule

Bekenntnisfreie Schulen

Humanistischer Pressedienst: **Christliche Bekenntnisschulen passen nicht in die heutige Zeit** (2. DEZ 2022) <https://hpd.de/artikel/christliche-bekenntnisschulen-passen-nicht-heutige-zeit-20883>

Humanistischer Pressedienst: **Hundert Jahre "weltliche Schule" und "Lebenskunde"** <https://hpd.de/artikel/hundert-jahre-weltliche-schule-und-lebenskunde-18041> (15. MAI 2020)

Kompaktinfo: „**Staatliche Schulen müssen bekenntnisfrei sein**“ – Bekenntnisschulen

https://gbs-stuttgart.de/sites/gbs-stuttgart/files/download/Kompaktinfo/Info_9_Bekenntnisschule_BW.pdf

„Kirchenrepublik-Alarm in Rheinland-Pfalz?“

Wie erklärt sich die Ablehnung der Forderung der LandesschülerInnenvertretung nach einem konfessionsübergreifenden Weltanschauungsunterricht, nachdem alle von der Regierung vorgebrachten Argumente entweder falsch oder nicht stichhaltig sind? Vielleicht liegt der Hund auch hier mal wieder im allzu partnerschaftlichen Verhältnis von Kirche und Staat begraben.

Anmerkung wk: thematisiert: christliche Gemeinschaftsschule, bekenntnisfreie Schule, Identitätsfindung – religiös-abgrenzend vs gemeinsame Identität

<https://hpd.de/artikel/kirchenrepublik-alarm-rheinland-pfalz-17458> (27. NOV 2019)

Bekenntnisschule, staatliche

Die staatliche Bekenntnisschule – Wie Nordrhein-Westfalen an einem Anachronismus festhält - Veranstaltungsbericht

<https://hpd.de/artikel/staatliche-bekenntnisschule-nrw-nordrhein-westfalen-an-einem-anachronismus-festhaelt-20330> (2. MAI 2022)

NRW Umwandlung von Konfessionsschulen erleichtert

<https://www.deutschlandfunk.de/nrw-umwandlung-von-konfessionsschulen-erleichtert-100.html>
(22.01.2015)

Christliche Gemeinschaftsschule

Wird die neue Gemeinschaftsschule „christlich“?

STUTTGART. (hpd) Es hat sich inzwischen herumgesprochen: Die grün-rote Landesregierung will in Baden-Württemberg eine neue Schulart einführen: In dieser Schule soll die bislang übliche Trennung der Schularten nach der „Begabung“ der Schülerinnen und Schüler aufgehoben werden. Dabei übersehen wird eine scheinbare Marginalie.

<https://hpd.de/node/12969?nopaging=1> (27. FEB 2012)

Kompaktinfo: „**Schule für alle statt konfessionell geprägte Schule**“ – Christliche Gemeinschaftsschulen

https://gbs-stuttgart.de/sites/gbs-stuttgart/files/download/Kompaktinfo/Info_8_Chr_Gemeinschaftsschule.pdf

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze, Drucksache 15 / 1466, 20. 03. 2012 (76 Seiten)

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart.

https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/1000/15_1466_D.pdf

Ethikunterricht – für alle

gbs-Landesverband Baden-Württemberg fordert bekenntnisfreie Schulen und Ethikunterricht für alle

Ethikunterricht an Grundschulen in Baden-Württemberg

<https://hpd.de/artikel/gbs-landesverband-baden-wuerttemberg-fordert-bekenntnisfreie-schulen-und-ethikunterricht-fuer-alle-21428> (10. JUL 2023)

Ethikunterricht an Grundschulen in Baden-Württemberg

Der gbs Landesverband Baden-Württemberg fordert bekenntnisfreie Schulen und Ethikunterricht für alle

<https://gbs-stuttgart.de/content/ethikunterricht-grundschulen-baden-wuerttemberg> (08.07.2023)

Humanistischer Pressedienst: **[gbs-Landesverband veranstaltete Eltern-Workshop "Ethik statt Reli"](https://gbs-stuttgart.de/content/ethikunterricht-grundschulen-baden-wuerttemberg)**

<https://hpd.de/artikel/workshop-ethik-statt-reli-20701> (27. SEP 2022)

Videoaufzeichnung Workshop vom 24.1.2023: **Ethik statt Religionsunterricht?**

Aufzeichnung der Themen

- Informationen zum Ethikunterricht in Baden-Württemberg (Videoteil wird noch hinzugefügt)
- Bundesweite Umfrage zum Ethikunterricht
- Wie meldet man sich vom Religionsunterricht ab

<https://www.youtube.com/watch?v=sOdvDx8JPK0>

„**Erstklässler – Ethikunterricht lässt auf sich warten**“, STUTTGARTER ZEITUNG, Montag, 8. Juli 2013
(Druckausgabe)

Humanistischer Pressedienst: [Ethikunterricht künftig ab Klasse 5 in Baden-Württemberg](https://hpd.de/artikel/ethikunterricht-kuenftig-ab-klasse-5-baden-wuerttemberg-15600)
<https://hpd.de/artikel/ethikunterricht-kuenftig-ab-klasse-5-baden-wuerttemberg-15600> (16. MAI 2018)

Ethikunterricht an Schulen – Nur im Schnecken tempo

Der Ethikunterricht wird erweitert. Das ist richtig. Doch der Ausbau geht zu langsam, meint unsere Autorin Renate Allgöwer.

... Für die Grundschulen gibt es nur Lippenbekenntnisse. Alle wünschen Ethik für die Kleinen, einen Zeitplan stellt niemand auf. Immerhin lässt die Kultusministerin schon mal einen Bildungsplan erarbeiten. Der könnte in zwei Jahren stehen. Dann gibt es keinen Grund für weitere Verzögerungen. Das Bekenntnis zur Ethik in der Grundschule muss jetzt kommen. Sonst leidet die Glaubwürdigkeit der Politik. ...

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ethikunterricht-an-schulen-nur-im-schnecken-tempo.f619c87f-8a16-46e5-a382-8ac15dcadef4.html> (15.05.2018)

Humanistischer Pressedienst: [Das Fach Ethik ist dem konfessionellen Religionsunterricht vorzuziehen - Wertevermittlung in der Schule](https://hpd.de/artikel/wertevermittlung-schule-fach-ethik-dem-konfessionellen-religionsunterricht-vorzuziehen-21366)

Der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach hat nur durch enormen Druck der Kirchen Eingang in das Grundgesetz gefunden. Doch selbst manchen Historikern ist nicht bekannt oder bewusst, dass die Konflikte im Parlamentarischen Rat so weit eskalierten, dass die Verabschiedung des Grundgesetzes in Gefahr geriet. 75 Jahre nach Beginn der Verhandlungen der 65 stimmberechtigten Mitglieder des Parlamentarischen Rates sprach Ernst-Günther Krause vom Bund für Geistesfreiheit (BfG) Bayern mit dem Bonner Ethiker Prof. Dr. Hartmut Kreß über die langfristigen Folgen von Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz.

<https://hpd.de/artikel/wertevermittlung-schule-fach-ethik-dem-konfessionellen-religionsunterricht-vorzuziehen-21366> (16. JUN 2023)

Humanistischer Pressedienst: **Ethik/Religionskunde: Besser gemeinsam!**

Über ein integratives Unterrichtsfach, das ein Kennenlernen verschiedener weltanschaulicher Traditionen zum Ziel hat, diskutierten Repräsentanten unterschiedlicher Fachrichtungen am 6. Mai in Münster. Einigkeit herrschte bei den Experten darüber, dass die Frage nicht sei, ob es ein solches neues integratives Schulfach geben werde, sondern lediglich, wann es kommen werde. Organisiert wurde die Veranstaltung "Ethik/Religionskunde: Besser gemeinsam!" von der Münsteraner Hochschulgruppe der Giordano-Bruno-Stiftung (gbs) und dem Netzwerk Säkulare Sozis.

<https://hpd.de/artikel/ethik-religionskunde-besser-gemeinsam-21299> (19. MAI 2023)

Humanistischer Pressedienst: [Gemeinsamer Ethikunterricht für alle - Bund für Geistesfreiheit München fordert Modellversuch an Münchner Schulen](https://hpd.de/artikel/gemeinsamer-ethikunterricht-fuer-alle-21056)

<https://hpd.de/artikel/gemeinsamer-ethikunterricht-fuer-alle-21056> (16. FEB 2023)

Humanistischer Pressedienst: **Gemeinsamer Ethikunterricht für alle** (16. FEB 2023)

Die Zeit ist reif für einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler*innen, das belegen sowohl bundes- und bayernweite Umfragen als auch Zahlen zur Religionszugehörigkeit in München. Der Bund für Geistesfreiheit München schlägt daher einen Modellversuch an Münchner Schulen vor.

<https://hpd.de/artikel/gemeinsamer-ethikunterricht-fuer-alle-21056>

Humanistischer Pressedienst: **Religionsunterricht isoliert, Ethikunterricht integriert** (2. FEB 2023)

<https://hpd.de/artikel/religionsunterricht-isoliert-ethikunterricht-integriert-21016>

Kein Anspruch auf Ethik-Unterricht in der Grundschule

Die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts hat mit den Beteiligten nun zugestelltem Urteil vom 21.09.2011 - 2 K 638/10 - die Klage einer Mutter abgewiesen, mit der sie die Einführung von Ethik-Unterricht an der Grundschule erreichen wollte.

Justizministerium Baden-Württemberg

<https://verwaltungsgericht-freiburg.justiz-bw.de/pb/,Lde/1216036/?LISTPAGE=1215944> (24.10.2011)

Ethik Alternativen zum konfessionellen Religionsunterricht

Knapp jeder fünfte Schüler bräuchte Ethikunterricht, bekommt ihn aber nicht. So stellt sich die Lage zumindest in Baden-Württemberg gerade dar. Die Schüler, um die es geht, sind konfessionslos. Es ist die größte weltanschauliche Gruppe in Deutschland.

<https://www.deutschlandfunk.de/ethik-alternativen-zum-konfessionellen-religionsunterricht-100.html> (19.05.2018)

Fach Ethik – in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2021/22 für alle Klassenstufen ab Klasse 5 verbindlich <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/abt7/ref75/fachberater/seiten/ethik/>

Ethikunterricht in Deutschland, https://dewiki.de/Lexikon/Ethikunterricht_in_Deutschland

Arbeitskreis Ethikunterricht in Bayern - Schulfach Ethik

<https://ak-schulfach-ethik.de/>

Berlin: Ethik bleibt Pflichtfach

Die Einführung des Pflichtschulfachs Ethik in Berlin ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das entschied das Bundesverfassungsgericht. Berliner Schüler können sich daher nicht vom Ethikunterricht befreien lassen.

<https://bildungsklick.de/schule/detail/berlin-ethik-bleibt-pflichtfach> (19.04.2007)

Gerichtsurteile Ethik- / Religionsunterricht

Urteil in Baden-Württemberg Ethik-Unterricht überfordert Grundschüler

Ethische Fragen zu erörtern, sei für Grundschüler zu kompliziert, entschied ein Gericht in Freiburg. Die Kinder lernten genug über Werte und Moral, indem sie sich in ihrer Klasse zurechtfinden müssten. Eine Mutter war anderer Meinung: Sie wollte reguläre Ethik-Stunden für ihre Söhne erzwingen - und scheiterte.

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/urteil-in-baden-wuerttemberg-ethik-unterricht-ueberfordert-grundschueler-a-793651.html> (24.10.2011)

(1) – Verwaltungsgericht Freiburg: Kein Anspruch auf Ethik-Unterricht in der Grundschule

Die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts hat mit den Beteiligten nun zugestelltem Urteil vom 21.09.2011 - 2 K 638/10 - die Klage einer Mutter abgewiesen, mit der sie die Einführung von Ethik-Unterricht an der Grundschule erreichen wollte.

Justizministerium Baden-Württemberg

<https://verwaltungsgericht-freiburg.justiz-bw.de/pb/,Lde/1216036/?LISTPAGE=1215944> (24.10.2011)

(2) – Verwaltungsgerichtshof Mannheim: Eltern haben keinen Anspruch auf Einführung von Ethikunterricht an einer Grundschule in Baden-Württemberg

<https://verwaltungsgerichtshof-baden-wuerttemberg.justiz-bw.de/pb/,Lde/1735662/?LISTPAGE=1735562> (12.02.2013)

(3) – Bundesverwaltungsgericht Leipzig: Urteil vom 16.04.2014 - BVerwG 6 C 11.13

Eltern können aufgrund von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG nicht die Einrichtung bestimmter Schulfächer verlangen. Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 23. Januar 2013 wird zurückgewiesen.

<https://www.bverwg.de/160414U6C11.13.0> (16. April 2014)

Ethik in der Grundschule Gericht: Schüler haben keinen Anspruch

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Klage einer Mutter aus Freiburg abgewiesen, die für ihre konfessionslosen Kinder ein Recht auf Ethikunterricht in der Grundschule erstreiten wollte.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ethik-in-der-grundschule-gericht-schueler-haben-keinen-anspruch.0c5b7d6f-14f9-465c-a9a4-be97cedb6f92.html> (16.04.2014)

(BVerfG) Berlin: Ethik bleibt Pflichtfach

Die Einführung des Pflichtschulfachs Ethik in Berlin ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das entschied das Bundesverfassungsgericht. Berliner Schüler können sich daher nicht vom Ethikunterricht befreien lassen.

<https://bildungsklick.de/schule/detail/berlin-ethik-bleibt-pflichtfach> (19.04.2007)

Was kaum jemand weiß: **Alle staatlichen Schulen sind christliche „Bekenntnisschulen“**. Die staatlichen Grundschulen sowie die Haupt-/Werkrealschulen in Baden-Württemberg besitzen zusätzlich einen besonderen Status: Sie tragen die Zusatzbezeichnung „**christliche Gemeinschaftsschule**“. Diese darf laut Bundesverfassungsgericht allerdings „keine missionarische Schule sein und keine Verbindlichkeit christlicher Glaubensinhalte beanspruchen“, das Erziehungsziel darf „nicht christlich-konfessionell fixiert sein“.

Aktenzeichen: 1 BvR 1087/91 Verkündet am: 16.05.1995 – Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Anbringung von Kreuzen oder Kruzifixen in Schulräumen.

https://www.rechtsanwaltmoebius.de/urteil/bverfg_1-bvr-1087-91_kruzifix.html

Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur christlichen Gemeinschaftsschule

Beschluss vom 17.12.1975, BVerfGE 41, 29ff., mit folgenden tragenden Gründen:

„Negative‘ und ‚positive‘ Religionsfreiheit stehen hier in einem Spannungsverhältnis. Die Ausschaltung aller weltanschaulich-religiösen Bezüge würde die bestehenden weltanschaulichen Spannungen und Gegensätze nicht neutralisieren, sondern diejenigen Eltern in ihrer Glaubensfreiheit benachteiligen, die eine christliche Erziehung ihrer Kinder wünschen und von Staats wegen gezwungen würden, diese in eine laizistische Schule zu schicken.“

„Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass dem Landesgesetzgeber die Einführung christlicher Bezüge bei der Gestaltung der öffentlichen Volksschule nicht schlechthin verboten ist, mag auch eine Minderheit der Erziehungsberechtigten, die bei der Erziehung ihrer Kinder dieser Schule nicht ausweichen kann, keine religiöse Erziehung wünschen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die gewählte Schulform, soweit sie auf die Glaubens- und Gewissensentscheidungen der Kinder Einfluss gewinnen kann, nur das Minimum an Zwangselementen enthält.

Die **Schule darf daher keine missionarische Schule sein und keine Verbindlichkeit christlicher Glaubensinhalte beanspruchen; sie muss auch für andere weltanschauliche und religiöse Inhalte und Werte offen sein**. Das Erziehungsziel einer solchen Schule darf – außerhalb des Religionsunterrichts, zu dessen Besuch niemand gezwungen werden kann – nicht christlich konfessionell fixiert sein. Die Bejahung des Christentums in den profanen Fächern bezieht sich in erster Linie auf die Anerkennung des prägenden Kultur- und Bildungsfaktors, wie er sich in der abendländischen Geschichte herausgebildet hat, nicht auf die Glaubenswahrheiten, und ist damit auch gegenüber dem Nichtchristen durch das Fortwirken geschichtlicher Gegebenheiten legitimiert. Zu diesem Faktor gehört nicht zuletzt der Gedanke der Toleranz für Andersdenkende.“

Quelle: Bekanntmachung zu den Grundsätzen der christlichen Gemeinschaftsschule nach den Artikeln 15 und 16 der Landesverfassung

https://recht.drs.de/fileadmin/user_files/117/Dokumente/Rechtsdokumentation/1/2/3/gemeinschaftsschule.pdf (4.Feb 2013)

Anwesenheitspflicht eines Schülers während einer Hohlstunde

VG Sigmaringen, 02.11.2020 - 4 K 3814/20 /

http://lrbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&nr=32955

Zusammenfassung: Anwesenheitspflicht eines Schülers während einer Hohlstunde

<https://research.wolterskluwer-online.de/document/230df064-d6ea-4789-9d70-00141c79d14d>

Interessant an dem Urteil ist auch, dass ein Schüler, der vom RU abgemeldet ist, nicht gezwungen werden darf, sich in den Raum zu setzen, in dem Religionsunterricht erteilt wird.

- 28 Der Antragsteller darf nicht gezwungen werden, sich in den Klassenraum zu setzen, in dem der ökumenische Religionsunterricht stattfindet. Der Antragsteller ist Mitglied einer freien evangelischen Gemeinde und nach § 100 SchG vom Religionsunterricht abgemeldet. Die Schule darf Schüler nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht eines anderen Bekenntnisses oder an einem ökumenischen Unterricht zwingen (vgl. Holfelder/Bosse/Reip, Schulrecht Baden-Württemberg Kommentar zum Schulgesetz, 13. Aufl., § 100 Nr. 2). Teilnahme umfasst dabei auch den Aufenthalt in dem selben Raum, in dem der Religionsunterricht stattfindet, unabhängig davon, ob dieser mit einem Präsenzlehrer oder als Selbstlernunterricht durchgeführt wird. Denn auch während eines Selbstlernunterrichts, in welchem zuvor ausgeteilte Aufgaben des Religionslehrers bearbeitet werden sollen, werden sich die Schüler über diese Aufgaben austauschen.
- 29 Aufgrund der von der Realschule M. alternativ angebotenen Aufsicht während des Religionsunterrichts seiner Klasse liegt jedoch kein Aufsichtsdefizit vor. Zum einen wurde ihm angeboten, sich während des Religionsunterrichts seiner Klasse an einen Tisch im Gang vor dem Klassenzimmer zu setzen und dort

Hausaufgaben oder sonstige Aufgaben zu erledigen und dabei ebenfalls von dem Lehrer bzw. der Lehrerin des Nebenraumes mitbeaufsichtigt zu werden. Zum anderen wurde ihm angeboten, in dem Büro des Schulleiters an einem separaten Tisch Aufgaben zu erledigen. Dabei werde er bei geöffneter Tür zum Sekretariat durch die Sekretärin beaufsichtigt. Der Schulleiter selbst wäre nicht anwesend.

Islam – Muslime, die Mitglieder in Moscheevereinen sind

Deutsche Muslime zwischen Säkularisierung und Radikalisierung: Die Mär vom starken Islam

Die Deutsche Islamkonferenz sollte mit einer Bestandsaufnahme starten: Wie viel Islam gibt es wirklich in Deutschland?

Anmerkung wk: ca. 20 Prozent der gläubigen Muslime sind Mitglied in einem Moscheeverein.

<https://www.herder.de/hk/hefte/archiv/2018/9-2018/die-maer-vom-starken-islam-deutsche-muslime-zwischen-saekularisierung-und-radikalisierung/> (Herder Korrespondenz 9/2018 S. 19-22)

Von Michael Blume

Politischer Islam in Deutschland „Wir haben einiges zu verteidigen“

„Und letztendlich hat man dadurch eine kleine Gruppe von Muslimen, die allerdings sehr gut organisiert sind, muss man sagen, hat man stilisiert zu den Stellvertretungsorganen der Muslime in Deutschland. Das ist falsch, weil allerhöchstens 20 Prozent aller Menschen, die sich hier als Muslime bezeichnen in Deutschland, mit diesen Organisationen zusammenhängen. Und dann sind es ausgerechnet diejenigen, deren Islamverständnis am wenigsten zu unserer Gesellschaft passt.“

Susanne Schröter im Gespräch mit Andreas Main

<https://www.deutschlandfunk.de/politischer-islam-in-deutschland-wir-haben-einiges-zu-100.html>
(13.12.2019)

Politischer Islam – Stresstest für Deutschland

Webmaster Rhein-Neckar 19. März 2020

<https://gbs-rhein-neckar.de/startseite/politischer-islam-stresstest-fuer-deutschland/>

Donnerstag, 19. März 2020 · 20:00 Uhr · DAI, Sofienstraße 12, 69115 Heidelberg

57:17 Islamistische Verbände in Deutschland

<https://youtu.be/yr663Q76D9U?t=3437> (Video-URL an dieser Stelle)

Mitschrift (Werner Koch) ab Minute 57:25: Wir haben eine ganze Reihe von Islamistischen Verbänden. Wichtig ist: Es ist nicht, weil die Mehrheit der Muslime da drin wären - sind sie nämlich gar nicht. Vielleicht 15 Prozent insgesamt gehören einem dieser Verbände an. Aber die Verbände spielen eine große Rolle in der Politik. Sie sind nämlich Partner des Staates auf unterschiedlichen Ebenen. Erster und wichtigster Partner war immer die DITIB, weil sie die größte ist. Die DITIB hat 1000 Moscheen in Deutschland. Ist letztendlich betrachtet nichts anderes als die ausländische Dependence des türkischen Religionsministeriums.

Islamischer Religionsunterricht allgemein

Religionsunterricht Nicht mit und nicht ohne Ditib

Im Religionsunterricht soll die Vielfalt sexueller Identitäten thematisiert und für Diskriminierung sensibilisiert werden. So steht es im niedersächsischen Lehrplan. Der Verband Ditib wertet das als Eingriff in die theologische Selbstbestimmung.

<https://www.deutschlandfunk.de/religionsunterricht-nicht-mit-und-nicht-ohne-ditib-100.html> (26.02.2019)

Islamischer Religionsunterricht – Baden-Württemberg

CDU rügt Beirat für Islamunterricht - Integration in BaWü

Anmerkung des Autors wk: Dies ist die Vorläuferorganisation zur Stiftung Sunnitischer Schulrat. Dem Beirat gehören neben der IGBW auch die Türkisch-Islamische Anstalt für Religion (Ditib), der Landesverband der Islamischen Kulturzentren (LVIKZ) und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken an sowie Vertreter von Hochschulen und Lehrerseminaren. In der Nachfolgeorganisation ist die DITIB und der IGBW nicht mehr vertreten.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.integration-in-bawue-cdu-ruegt-beirat-fuer-islamunterricht.b155f4bc-0049-4944-8d51-493e7ff4f348.html> (02.12.2015)

Stiftung Sunnitischer Schulrat – Trägerin des Islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung in Baden-Württemberg

<https://sunnitischer-schulrat.de/>

Vertrag mit LVIKZ und IGBD

<https://sunnitischer-schulrat.de/wp-content/uploads/2021/11/Vertrag-neutral.pdf>

Schulen mit dem Fach Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung Stand: Schuljahr 2020/21; Quelle: Amtliche Schulstatistik (IBBW)

Zum Schuljahr 2020/21 gab es islamischen RU in Baden-Württemberg an 94 Schulen.

https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E-954467378/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen%202015/2015%2010%2012%20Liste%20Standorte%20Islamischer%20Religionsunterrichte.pdf

Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung erhält rechtssichere Basis

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/islamischer-religionsunterricht-sunnitischer-praegung-erhaelt-rechtssichere-basis/> (16.07.2019)

Kontroverse über islamischen Religionsunterricht - Stuttgarter Schulleiter verteidigen Islamunterricht

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kontroverse-ueber-islamischen-religionsunterricht-stuttgarter-schulleiter-verteidigen-islamunterricht.add1d828-4299-4ad7-b94f-9fe2152acfb2.html> (24.07.2022)

Schulen mit dem Fach Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung, Stand Schuljahr 2020/2021.

Liste der Standorte: https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E-954467378/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen%202015/2015%2010%2012%20Liste%20Standorte%20Islamischer%20Religionsunterrichte.pdf

„Lessing-Schulen in Stuttgart Wie im Hallschlag um Schüler geworben wird“

Auszüge: „Wir haben uns bewusst gegen Islamunterricht entschieden.“ Bisher gebe es nur Ethik – in allen Klassenstufen. Eventuell werde man auch evangelischen oder katholischen Religionsunterricht anbieten.

„Wenn die Eltern das wollen, sind wir offen“, sagt der Rektor.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.lessing-schulen-in-stuttgart-wie-im-hallschlag-um-schueler-geworben-wird.1aeb37fd-51fb-40d6-a0ab-d332810f2b16.html> (StZ Plus) (13.10.2022)

„Streit um Islamtheologie – Islamunterricht vor dem Aus?“

Der Konflikt zwischen dem liberalen Freiburger Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi und zweifelhaften Akteuren der Stiftung Sunnitischer Schulrat beleuchtet die Probleme mit dem islamischen Religionsunterricht in Deutschland.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.streit-um-islamtheologie-islamunterricht-vor-dem-aus.3cdf5488-7db8-4b31-90da-8e3d41db1033.html> (StZ Plus) (02.08.2021)

„Islamverband VIKZ - Kinderkopftuch und Feindbild Westen“

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.islamverband-vikz-kinderkopftuch-und-feindbild-westen.4d00cd0c-5f57-4c60-83e3-42ae127736e7.html> (StZ Plus) (21.07.2022)

Islamischer Religionsunterricht – Bayern

Islamischer Unterricht ohne positiven Einfluss auf die Integration

<https://hpd.de/artikel/islamischer-unterricht-ohne-positiven-einfluss-integration-19683> (14. SEP 2021)

Einführung des Schulfaches "Islamischer Unterricht" verfassungswidrig

<https://hpd.de/artikel/einfuehrung-des-schulfaches-islamischer-unterricht-verfassungswidrig-19403> (23. JUN 2021)

Ein Unterrichtspflichtfach Ethik wäre besser – Bayern will das Schulfach "Islamischer Unterricht" einführen

<https://hpd.de/artikel/unterrichtspflichtfach-ethik-waere-besser-19410> (25. JUN 2021)

Einführung des Schulfaches "Islamischer Unterricht" verfassungswidrig

<https://hpd.de/artikel/einfuehrung-des-schulfaches-islamischer-unterricht-verfassungswidrig-19437> (6. JUL 2021)

bfg München spricht sich gegen Popularklage aus – "Islamischer Unterricht" in Bayern

Auszug – Ethikunterricht für alle: Gemeinsamer Ethikunterricht, der Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen zusammenbringt, könnte gerade in der heutigen Zeit eine herausragende Rolle an den Schulen spielen". "Der Unterricht sollte sich mit Philosophie, Religionskunde, Weltanschauungslehre, Naturwissenschaften sowie Menschenrechten beschäftigen, wichtige Werte und Normen vermitteln und aktuelle gesellschaftliche Fragen diskutieren. Denn wo sonst könnten Kinder und Jugendliche besser miteinander über wichtige Themen wie Krieg und Frieden, Demokratie und Bürgerrechte oder Weltanschauungen und Religionen diskutieren als im Klassenzimmer unter Anleitung einer in ethischen Fragen ausgebildeten Lehrkraft?"

<https://hpd.de/artikel/bfg-muenchen-spricht-sich-gegen-popularklage-19449> (8. JUL 2021)

Popularklage zum Schulfach "Islamischer Unterricht" abgewiesen - Bayerischer Verfassungsgerichtshof

<https://hpd.de/artikel/popularklage-zum-schulfach-islamischer-unterricht-abgewiesen-20520> (8. Jul 2022)

Anmerkung – eine Einordnung des Autors - Islamischer Unterricht / Islamische Religionslehre / islamischer Ethikunterricht

Das Fach wird „Islamischer Unterricht“ genannt, eigentlich ist es „Islamische Religionslehre“, ein bekenntnisorientierter Religionsunterricht, eingerichtet und inhaltlich bestimmt vom Freistaat Bayern ohne Beteiligung muslimischer Verbände. Dieses neue Fach stellt ein Ersatzfach für diejenigen Schüler*innen dar, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Man kann es als islamlastigen Sonderethikunterricht einstufen. Ein „christlicher Unterricht“ wäre die entsprechende Bezeichnung, wenn es einen solchen Unterricht für christliche Schüler aller christlichen Glaubensrichtungen gäbe (ev. rk, altkatholisch, neuapostolisch, freireligiöse, evangelikale, orthodoxe, ...). Er steht parallel zum ebenfalls als Ersatzfach angebotenen Ethikunterricht – und macht diesem Konkurrenz. Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sind verpflichtet am Ethikunterricht oder am Islamischen Unterricht teilzunehmen.

(Ko-Ko) Konfessionell-Kooperativer Religionsunterricht

Konfessionell-kooperativer Religionsunterricht (Ev. Landeskirche Württemberg): „**Religion - ein gefragtes Fach**“ <https://www.elk-wue.de/leben/bildung-und-kultur/religionsunterricht>

Konfessionell-kooperativ erteilter Religionsunterricht

http://www.konfessionelle-kooperation.info/wp-content/uploads/2019/04/konf-koop_ekd_2018.pdf

Konfessionelle Kooperation (KoKo)

Seit 2005 kann der Religionsunterricht in **Baden-Württemberg** auch **konfessionell-kooperativ** erteilt werden.

<http://www.konfessionelle-kooperation.info/bundeslaender/baden-wuerttemberg/> und

<https://www.kirche-und-religionsunterricht.de/schulleitungen/konfessionelle-kooperation-koko>

Konfessionsschule oder Bekenntnisschule, Christliche Bekenntnisschule

Konfessionsschule <https://de.wikipedia.org/wiki/Konfessionsschule>

Landesschülerbeirat Baden-Württemberg, Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz

„Streit um Religionsunterricht: Kretschmann kritisiert Landesschülerbeirat - NACH SCHÜLER-FORDERUNG“

Der Landesschülerbeirat hatte in seinem Grundsatzprogramm weniger Religionsunterricht und dafür mehr "politische Bildung" gefordert. Der Ministerpräsident hält davon gar nichts.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/kretschmann-kritisiert-schueler-forderung-100.html>

(1.2.2023)

„Schülerinnen und Schüler fordern mehr Finanzunterricht in BW - STEUERRECHT STATT BIBELTEXT“

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/landesschueler-steuerrecht-geld-lehrkraefte-100.html>
(30.01.2023)

Humanistischer Pressedienst: [Politische Bildung und Ethik statt Religionsunterricht!](https://hpd.de/artikel/politische-bildung-und-ethik-statt-religionsunterricht-21027)
<https://hpd.de/artikel/politische-bildung-und-ethik-statt-religionsunterricht-21027> (6. FEB 2023)

„Rheinland-Pfalz Warum Schüler den Religionsunterricht abschaffen wollen“

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/rheinland-pfalz-warum-schueler-den-religionsunterricht-abschaffen-wollen-a-1296768.html> (19.11.2019)

„Kirchenrepublik-Alarm in Rheinland-Pfalz?“

Wie erklärt sich die Ablehnung der Forderung der LandesschülerInnenvertretung nach einem konfessionsübergreifenden Weltanschauungsunterricht, nachdem alle von der Regierung vorgebrachten Argumente entweder falsch oder nicht stichhaltig sind? Vielleicht liegt der Hund auch hier mal wieder im allzu partnerschaftlichen Verhältnis von Kirche und Staat begraben.

Anmerkung wk: thematisiert: christliche Gemeinschaftsschule, bekenntnisfreie Schule, Identitätsfindung – religiös-abgrenzend vs gemeinsame Identität

<https://hpd.de/artikel/kirchenrepublik-alarm-rheinland-pfalz-17458> (27. NOV 2019)

(SWR) Religionsunterricht abschaffen? Schüler, Staat und Kirche im Konflikt

<https://www.swr.de/swr2/wissen/religionsunterricht-abschaffen-schueler-staat-und-kirche-im-konflikt-swr2-wissen-2020-03-21-100.html> (16.3.2020)

Schulfach Religion? Jugendliche in Rheinland-Pfalz finden das nicht mehr zeitgemäß. Sie fordern: Weg mit dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Statt Ethik oder Religion will die offizielle Landesschüler*innenvertretung (LSV) ein Fach, das über verschiedene Weltanschauungen informiert. Und in dem auch mal kritisch über Konfessionen diskutiert wird. Landesregierung und Kirchen hingegen halten am Religionsunterricht fest. Dabei sind immer weniger Jugendliche christlich getauft.

Welchen Einfluss haben die Kirchen noch auf den Stundenplan, wenn Staat und Kirche doch eigentlich getrennt sind?

Manuskript zur Sendung: <https://www.swr.de/swr2/wissen/swr2-manuskript-wissen-2020-03-21-100.pdf>

Petition

ÜBERPRÜFUNG GGF. ABSCHAFFUNG DES RELIGIONSUNTERRICHTS AN SCHULEN

<https://www.openpetition.de/petition/argumente/zukunft-verantwortung-lernen-ueberpruefung-ggf-abschaffung-des-religionsunterrichts-an-schulen> (2014) (Petition zurückgezogen)

Praktische Philosophie in der Grundschule (NRW)

Ein Phantom wird gesucht: Praktische Philosophie in der Grundschule kommt nicht

Im kommenden Schuljahr 2023/2024 sollte auch an den Grundschulen in NRW das Unterrichtsfach Praktische Philosophie eingeführt werden. Wer sein Kind vom Religionsunterricht ab- und für Praktische Philosophie anmelden möchte, wird nun herb enttäuscht, denn das neue Fach kommt nun doch nicht in diesem Schuljahr. Und das Schulministerium hält es nicht für nötig, die Eltern wenigstens darüber zu informieren. Wer nach Informationen zu dem neuen Schulfach sucht, findet auf der Infoseite des Ministeriums nichts: Praktische Philosophie an Grundschulen ist ein Phantom.

<https://hpd.de/artikel/phantom-wird-gesucht-praktische-philosophie-grundschule-kommt-nicht-21415> (4. JUL 2023)

Religionsunterricht / Ethikunterricht – Ethikunterricht für alle

Buch „Religionsunterricht oder Ethikunterricht? Entstehung des Religionsunterrichts – Rechtsentwicklung und heutige Rechtslage – politischer Entscheidungsbedarf.“ (Bd. 3), Mai 2022, Hartmut Kreß

<https://weltanschauungsrecht.de/kress-religionsunterricht-oder-ethikunterricht> (25.05.2022)

Bestellmöglichkeit: <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/religionsunterricht-oder-ethikunterricht-id-104977/>

Auch als Ebook (kostenlos) erhältlich. Download PDF: https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748932116.pdf?download_full_pdf=1&page=1

Humanistischer Pressedienst: **Rezension - Religionsunterricht oder Ethikunterricht?**

Schule ist Ländersache – das ist häufig die Reaktion, wenn man zum Thema Religionsunterricht bundesweite Diskussion sucht. Und viele bundesweit tätige Interessenorganisationen im Schulbereich (ob GEW, Bundeselternrat oder Parteien) fassen das Thema nur ungerne an. Das ist zwar einerseits verständlich, obwohl der Religionsunterricht als einziges Schulfach eine Absicherung im Grundgesetz hat (Artikel 7, Absatz 3). Genauso richtig aber ist auch, dass länderspezifische Besonderheiten dieses besonderen Faches nur richtig verstanden werden können, wenn die Debatte um dieses Fach in der Entstehungszeit des Grundgesetzes und seine Dis- und Kontinuitäten aus der Weimarer Reichsverfassung und der seinerzeit gescheiterte Versuch eines Reichsschulgesetzes einbezogen wird.

<https://hpd.de/artikel/religionsunterricht-oder-ethikunterricht-20499> (1. JUL 2022)

Konfessioneller Religionsunterricht rechtlich immer fragiler. Zu den aktuellen Debatten in Bayern und Hamburg, Hartmut Kreß, (28.06.2021)

Fazit: Aufgrund der derzeitigen Diskussionslage in Bayern und Hamburg sollten in den beiden Ländern verschiedene Punkte vordringlich geklärt werden. In Bayern ist die Islamkunde vom islamisch bekenntnisorientierten Unterricht deutlich abzugrenzen; zum Ethikunterricht dürfen keine neuen Unklarheiten entstehen. In Hamburg ist es überfällig, in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 Ethikunterricht als Alternative zum Fach Religion einzuführen. Der dort verwendete Begriff „Religionsunterricht für alle“ ist irreführend. Korrekt ist von multireligiösem Religionsunterricht zu sprechen.

<https://weltanschauungsrecht.de/weltanschauungsrecht-aktuell-2> und Link zum PDF:

https://weltanschauungsrecht.de/sites/default/files/download/210628_weltanschauungsrecht_kress_religionsunterricht.pdf (28. Juni 2021)

Anpassung an weniger Glaubenswissen: Religionsunterricht wandelt sich – FACH PASST SICH AN DIE VERÄNDERTE GESELLSCHAFT AN

<https://katholisch.de/artikel/45114-anpassung-an-weniger-glaubenswissen-religionsunterricht-wandelt-sich> (19.05.2023)

Herder Korrespondenz Spezial, April 2021, Heft 69 Seiten „**DAS LIEBLINGSFACH - Warum der Religionsunterricht unterschätzt wird**“

Buch: „**Konfessionslosigkeit als Normalfall – Religions- und Ethikunterricht in säkularen Kontexten**“, Ulrich Kropaš/ Mirjam Schambeck [Hg.]

Buch: „**Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen**“, Ahmad Mansour

„Konfessionsorientierter Religionsunterricht ist im Jahr 2015 meiner Überzeugung nach fatal. Warum teilt man die Kinder auf, so dass Katholiken in Klasse A, Protestanten in Klasse B, Muslime in Klasse C gehen? Was für ein Bild bekommen die Gruppen voneinander?“ (Seite 215)

Religionskunde statt Religionsunterricht in den Schulen

Alle Bürger dürfen ihren Gott, auch ihre Götter haben, der Staat selbst aber ist in einer modernen Grundrechtsdemokratie gottlos. Es gilt: erst der Bürger, dann der Gläubige. Erst die Verfassung, dann die Religion. Auch im Klassenzimmer. Ein Plädoyer von **Helmut Ortner**.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=96965#more-96965> (30. April 2023)

„**Den Unterricht scheidet keine Confession**“, Michael Rux, bildung & wissenschaft 09/2021, GEW Baden-Württemberg, Seite 40-43

[https://www.gew-](https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=109615&token=0c24388f9cf3cb4d2958a53e899049d65b47cbd9&sdownload=&n=bundw-09-21-WEB.pdf)

[bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=109615&token=0c24388f9cf3cb4d2958a53e899049d65b47cbd9&sdownload=&n=bundw-09-21-WEB.pdf](https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=109615&token=0c24388f9cf3cb4d2958a53e899049d65b47cbd9&sdownload=&n=bundw-09-21-WEB.pdf)

KONFESSIONELLER RELIGIONSUNTERRICHT ODER ETHIK FÜR ALLE? - Seit 175 Jahren „Forderung des Volkes“, Michael Rux, bildung & wissenschaft 11/2022, GEW Baden-Württemberg, Seite 38-39

[https://www.gew-](https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=129215&token=b4bd139903b01b8545048c05ea1c8d79af95b336&sdownload=&n=bundw-11-22-WEB.pdf)

[bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=129215&token=b4bd139903b01b8545048c05ea1c8d79af95b336&sdownload=&n=bundw-11-22-WEB.pdf](https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=129215&token=b4bd139903b01b8545048c05ea1c8d79af95b336&sdownload=&n=bundw-11-22-WEB.pdf)

Zentralrat der Konfessionsfreien: **Politische Bildung und Ethik statt Religionsunterricht!** (6. Februar 2023)

Broschüre: **Die säkulare Ampel** – zwölf Chancen für die Offene Gesellschaft

https://konfessionsfrei.de/wp-content/uploads/2022/05/zkf_SaekulareAmpel_web.pdf

Buskampagne 2019: Broschüre: **ABSCHIED VON DER KIRCHENREPUBLIK - 100 JAHRE VERFASSUNGSBRUCH SIND GENUG!** (Seite 13: 6. **ALTERNATIVEN ZUM BEKENNTNIS-UNTERRICHT**)

https://schlussmachen.jetzt/wp-content/uploads/gbs_kirchenrepublik.pdf

Religionsunterricht: Grundrecht oder Privileg der Kirchen?

Der Status des Religionsunterrichts unterliegt in Deutschland klaren rechtlichen Vorgaben. Dennoch bot und bietet er immer wieder Anlass für gesellschafts- und bildungspolitische Diskussionen. Lehrer News wirft ein Schlaglicht auf die wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre.

<https://www.lehrer-news.de/blog-posts/religionsunterricht-grundrecht-oder-privileg-der-kirchen> (Juni 2022)

Die Zeit: Religionsunterricht: **Der Glaube muss raus aus den Schulen!** (29. März 2023)

<https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2023-03/religionsunterricht-abschaffung-schule-religionskunde>

Die Zeit: Religionsunterricht: **Lehren sollt ihr, nicht bekehren** (16. Dezember 2020)

<https://www.zeit.de/2020/53/religionsunterricht-kirchen-christentum-glauben-saekularisierung/komplettansicht>

Deutschlandfunk: **Vorurteile abbauen - Ahmad Mansour fordert gemeinsamen Religionsunterricht für alle Kinder** (30.11.2018)

Der Psychologe Ahmad Mansour wirft Teilen der Kirchen in Deutschland vor, „Mittäter zu sein bei der Etablierung eines politischen Islam“. An einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht festzuhalten, getrennt nach religiöser Zugehörigkeit, sei nicht zeitgemäß, sagte Mansour im Dlf.

<https://www.deutschlandfunk.de/vorurteile-abbauen-ahmad-mansour-fordert-gemeinsamen-100.html>

Ethik-/Religionsunterricht: Ansätze für einen Umdenkprozess beim Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband erkennbar

<https://bfg-erlangen.de/node/3350>

Kommentar über interreligiösen Dialog Warum Religionsunterricht abgeschafft gehört

Es ist Zeit für einen überkonfessionellen Religionskunde- und Ethikunterricht an Niedersachsens Schulen, meint Svenja Appuhn, die Sprecherin der Grünen Jugend Niedersachsen.

<https://www.weser-kurier.de/niedersachsen/politik/warum-religionsunterricht-abgeschafft-gehoeert-doc7e4jmsynsok6srmlcc7> (6.11.2019)

Weniger Schüler besuchen Religionsunterricht – Fach Ethik wird stärker

<https://www.kirche-und-leben.de/artikel/weniger-schueler-besuchen-religionsunterricht-fach-ethik-wird-staerker> (14. APRIL 2021)

Kaum noch Religionsunterricht – stattdessen Ethik: Modell für Deutschland?

<https://www.news4teachers.de/2021/10/religionsunterricht-an-sachsen-anhalts-schulen-auf-dem-rueckzug/> (3. Oktober 2021)

Auslaufmodell Religionsunterricht? Der Mitgliederschwund bei den Kirchen macht sich jetzt auch in den Schulen bemerkbar

Der Mitgliederschwund in der katholischen und evangelischen Kirche macht auch vor den Schulen nicht Halt – mit deutlichen Auswirkungen auf den Religionsunterricht.

„Tatsächlich sähe die Entwicklung der Schülerzahlen ohne die konfessionslosen Teilnehmer am Religionsunterricht aber wohl deutlich schlechter aus. -->In Bayern besuchten rund 60.000 der 188.000 Schüler, die keiner Religion angehörten, trotzdem den Religionsunterricht“

<https://www.news4teachers.de/2019/09/auslaufmodell-religionsunterricht-der-mitgliederschwund-bei-den-kirchen-macht-sich-jetzt-auch-in-den-schulen-bemerkbar/> (12. September 2019)

Ungläubige im Religionsunterricht

<https://hpd.de/artikel/unglaeubige-im-religionsunterricht-16002> (28. SEP 2018)

Staatliche Schulen Das Fach Religion auf dem Prüfstand

Das Angebot an Religionsunterricht an staatlichen Schulen ist groß. Zudem entwickeln einzelne Bundesländer Modellprojekte, die zukunftsweisend sein sollen. Dennoch hinterfragen kritische Stimmen aus der Wissenschaft das Angebot. Sie behaupten: Der Religionsunterricht steckt in der Krise.

<https://www.deutschlandfunk.de/religionsunterricht-auf-dem-prueftstand-100.html> (27.11.2021)

RUFA – Religionsunterricht für alle – Hamburger Modell

Religionsunterricht für alle Ein Modell für Hamburg

Hamburg geht einen Sonderweg. Dort gibt es einen gemeinsamen Religionsunterricht für alle, bisher erteilt von einer evangelischen Lehrkraft. Seit dem Herbst geht Hamburg noch weiter: Auch Muslime, Juden und Aleviten geben den „Religionsunterricht für alle“. Noch ist aber vieles offen.

<https://www.deutschlandfunk.de/religionsunterricht-fuer-alle-ein-modell-fuer-hamburg-100.html>

(06.02.2020)

Konfessioneller Religionsunterricht rechtlich immer fragiler. Zu den aktuellen Debatten in Bayern und Hamburg, Hartmut Kreß, (28.06.2021)

Fazit: Aufgrund der derzeitigen Diskussionslage in Bayern und Hamburg sollten in den beiden Ländern verschiedene Punkte vordringlich geklärt werden. In Bayern ist die Islamkunde vom islamisch bekenntnisorientierten Unterricht deutlich abzugrenzen; zum Ethikunterricht dürfen keine neuen Unklarheiten entstehen. In Hamburg ist es überfällig, in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 Ethikunterricht als Alternative zum Fach Religion einzuführen. Der dort verwendete Begriff „Religionsunterricht für alle“ ist irreführend. Korrekt ist von multireligiösem Religionsunterricht zu sprechen.

<https://weltanschauungsrecht.de/weltanschauungsrecht-aktuell-2> und Link zum PDF:

https://weltanschauungsrecht.de/sites/default/files/download/210628_weltanschauungsrecht_kress_religion_sununterricht.pdf (28. Juni 2021)

Schulgesetz Baden-Württemberg, Landesverfassung, Grundgesetz

Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG) in der Fassung vom 1. August 1983

[https://www.landesrecht-](https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true)

[bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true](https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true)

Landesverfassung Baden-Württemberg

[https://www.landtag-](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/rechtliche_grundlagen/Landesverfassung.pdf)

[bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/rechtliche_grundlagen/Landesverfassung.pdf](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/rechtliche_grundlagen/Landesverfassung.pdf)

Grundgesetz - Landesverfassung Baden-Württemberg.pdf

[https://stm.baden-](https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Publikationen/190101_Publikation_Grundgesetz_Landesverfassung.pdf)

[wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Publikationen/190101_Publikation_Grundgesetz_Landesverfassung.pdf](https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Publikationen/190101_Publikation_Grundgesetz_Landesverfassung.pdf)

Umfragen

Mehrheit für Abschaffung des Religionsunterrichts, auch bei Union-Wählern

Deutschland sollte dem Beispiel Luxemburgs folgen sagen die Deutschen, zumindest bei der Werteerziehung in der Schule.

[https://yougov.de/topics/politics/articles-reports/2016/09/28/mehrheit-fur-abschaffung-des-](https://yougov.de/topics/politics/articles-reports/2016/09/28/mehrheit-fur-abschaffung-des-religionsunterrichts-)

[religionsunterrichts-](https://yougov.de/topics/politics/articles-reports/2016/09/28/mehrheit-fur-abschaffung-des-religionsunterrichts-) (28. SEP 2016)

Vorletzter Platz: Schulfach Religion ist nicht beliebt

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/vorletzter-platz-schulfach-religion-ist-nicht-beliebt-1.3886332> (28.

Februar 2018)

Religions- und / oder Ethikunterricht?

<https://fowid.de/meldung/religions-und-oder-ethikunterricht> (07.04.2022)

Humanistischer Pressedienst: **72 Prozent für gemeinsamen Ethik-Unterricht** - Unerwartet klares Ergebnis einer Repräsentativ-Befragung von über 4.000 Bürgern

<https://hpd.de/artikel/72-prozent-fuer-gemeinsamen-ethik-unterricht-20271> (7. APR 2022)

Umfrage zum Ethikunterricht an Schulen: Nicht mehr zeitgemäß: Bildungspolitik muss Unterricht an die Gesellschaft anpassen

https://www.all-in.de/boulevard/nicht-mehr-zeitgemaess-bildungspolitik-muss-unterricht-an-die-gesellschaft-anpassen_arid-266473 (5. Mai 2022)

Christen und Muslime in Bayern mehrheitlich für gemeinsamen Ethik-Unterricht

<https://bfg-bayern.de/node/3104>

Schule in Bayern - Für besseren Ethik-Unterricht

Wie bewertet der Philosoph Julian Nida-Rümelin den Ethik- und Religionsunterricht?

„In einer zunehmend säkularen Gesellschaft allerdings werde der Ethikunterricht immer wichtiger, meint Philosoph Nida-Rümelin: ‚Das eine ist der Anspruch, Religionsunterricht an den staatlichen Schulen zu erhalten. Und das andere ist das gewissermaßen alles Überwölbende und alles Zusammenfassende: Nämlich die ethische, die normative, die moralische Substanz einer demokratischen Gesellschaft bei allen Unterschieden der verschiedenen Gemeinschaften, Religions-, Kultur-, Herkunftsgemeinschaften, zu entwickeln und zu stärken.‘

Seine Zukunftsvision lautet: Ein gemeinsamer Ethikunterricht für alle.“

<https://www.deutschlandfunk.de/schule-in-bayern-fuer-besseren-ethik-unterricht-100.html> (19.05.2017)

Ethikunterricht in Bayern und anderen Bundesländern

Ergebnisse der GfK-Umfrage zum Ethik-/Religionsunterricht nach Bundesländern

<https://bfg-bayern.de/node/3089>

UMFRAGE ZUM ETHIKUNTERRICHT AN SCHULEN – Nicht mehr zeitgemäß: Bildungspolitik muss Unterricht an die Gesellschaft anpassen

https://www.all-in.de/c-boulevard/nicht-mehr-zeitgemaess-bildungspolitik-muss-unterricht-an-die-gesellschaft-anpassen_a5158514 (5. Mai 2022)

Bundesweite Mehrheit für einen gemeinsamen Werteunterricht

53 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass es an Schulen einen gemeinsamen Werte- bzw. Ethikunterricht als Pflichtfach geben soll. Christlicher, islamischer oder anderer Religionsunterricht soll zusätzlich und freiwillig sein. Deutlich weniger, nämlich 44 Prozent, sind der Auffassung, dass die Schüler getrennt werden sollen, in solche, die an einem Religionsunterricht und solche, die an einem Werte- bzw. Ethikunterricht teilnehmen. Das ist das Ergebnis einer Repräsentativbefragung, die Infratest dimap im Auftrag des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW (BAMA) durchgeführt hat.

<https://bildungsklick.de/schule/detail/bundesweite-mehrheit-fuer-einen-gemeinsamen-werteunterricht> (02.12.2008)

Mehrheit der Berliner für gemeinsamen Ethikunterricht

(redaktion/pm) 84 Prozent aller Berliner sind für einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler. Das hat jetzt eine Repräsentativumfrage von forsa im Auftrag des Humanistischen Verbandes ergeben. Demnach sind auch vier Fünftel der Schüler dieser Meinung.

<https://bildungsklick.de/schule/detail/mehrheit-der-berliner-fuer-gemeinsamen-ethikunterricht> (28.05.2008)